

TAGBLATT

Ausgabe für die Stadt St. Gallen, Gossau und Umgebung www.tagblatt.ch



Singende Gäste

Am Bodensee überwintern über 200 Singschwäne aus dem Norden – ein Rekord. 32

Nicht heilbar

Die 17-jährige Sophie Wiesbauer leidet an einer besonders seltenen Krankheit. 5

Ja zu Wohlstand für alle 
www.steuerreform-ja.ch

St. Gallen

Gestalter hat neue Idee für Lämmlierbrunnen 25

St. Gallen

HSG-Programm bietet Lokales und Globales 27

Wittenbach

Gemeinde schafft Stelle für Kommunikation 28

Regionalsport

EHC St. Gallen erreicht den Klassenerhalt 31



Focus

In Aarau ist zu sehen, wie die Kunst auf die Welt des Kinos blickt. 19

Salzkorn

Zu den vielen Begriffen, die von den Nationalsozialisten einst sinnentstellend verwendet wurden, gehörte die «Reichsfluchtsteuer». Bei der Flucht nämlich, von der darin die Rede war, handelte es sich in Wahrheit um eine Vertreibung. Diese wiederum betraf vor allem Juden. Und besonders perfid: Nachdem sie ab 1933 immer mehr schikaniert, ausgegrenzt, manchmal willkürlich verhaftet und gefoltert worden waren, hatten sie für die so erzwungene Emigration gar noch eine Art Strafsteuer zu bezahlen.

Mit umgekehrten Vorzeichen droht jetzt auf dem amerikanischen Kontinent etwas Ähnliches. Um die USA vor Immigranten aus dem Nachbarland zu bewahren, soll eine Mauer entlang der Grenze zu Mexiko gebaut werden. Und wer hätte sie zu bezahlen? Eben: Mexiko. Noch steht das bizarre Mahnmal zwar nicht. Aber wenn es so weit ist, bietet sich dafür erneut eine begriffliche Analogie aus der deutschen Geschichte an. In der DDR hiess die Berliner Mauer antifaschistischer Schutzwall. *stb.*

ANZEIGE

Sie haben die Liegenschaft, wir die Käufer.



THOMA Immobilien Treuhand AG
8580 Amriswil
Tel. 071 414 50 60
www.thoma-imm.ch
Amriswil | St. Gallen | Wil
Vertrauen seit 1978. **THOMA** IMMOBILIEN TREUHAND

Mehr Fleischschmuggel an Ostschweizer Grenzen

Illegale Importe In den letzten Jahren haben Grenzwachter in der Ostschweiz immer mehr Fleischschmuggler erwischt. Der starke Franken fördert das Treiben.

Daniel Walt
daniel.walt@tagblatt.ch

Tausende Kilo geschmuggeltes Fleisch werden jährlich an den Ostschweizer Grenzübergängen abgefangen. Die Anzahl Fälle hat sich in gewissen Regionen innert weniger Jahre vervierfacht, wie Erhebungen des Grenzwachtkorps zeigen. Der Zuwachs steht gemäss offiziellen Stellen in direktem Zusammenhang mit dem Franken-/Eurokurs, der den Einkaufstourismus ins nahe Ausland seit Jahren ankurbelt.

Häufige Fleischschmuggler sind denn auch Einkaufstouristen, die nach einem Grosseinkauf das eine oder andere Schnitt-

zel oder Kotelett zu viel nach Hause mitnehmen. Strafuntersuchungen zeigen allerdings auch, dass ein Teil des entdeckten Schmuggelfleisches für Metzgereien oder Restaurants in der Schweiz bestimmt ist. Dies hat der Bundesrat erst kürzlich festgestellt.

Illegale Importe versprechen lukrative Gewinne

Gefordert sind beim Thema Schmuggelfleisch nicht nur die Grenzwachter, sondern auch die Ostschweizer Kantonschemiker. Gammelfleisch, das teils aus illegalen Importen stammt, beschäftigt immer wieder, erklären sie unisono. Bei Kontrollen sei aller-

«Die Versuchung, Fleisch zu schmuggeln, ist insbesondere im Thurgau gross.»

Ruedi Bartel
Präsident Gastro Thurgau

dings oft nicht mehr eruiert, woher das verdorbene Fleisch stamme.

Ostschweizer Vertretern der Gastronomie- und Fleischbranche sind keine aktuellen Fälle von Schmuggelfleisch bekannt, bei denen das Fleisch in Beizen oder Metzgereien der Region verkauft worden wäre. Sie schliessen aber nicht aus, dass einzelne Betriebe auf illegale Fleischimporte setzen, die lukrative Gewinne versprechen. Ruedi Bartel, Präsident von Gastro Thurgau, sagt: «Die Versuchung ist gross, insbesondere im grenznahen Thurgau.» Bartel warnt allerdings vor dem hohen Risiko, das Fleischschmuggler eingehen. 13

Die Ski-WM ist eröffnet



Eröffnungsfeier FIS-Präsident Gian Franco Kasper gab im Beisein von Bundespräsidentin Doris Leuthard in St. Moritz die Bühne frei für die 44. Ski-WM. Heute wird im Super-G der Frauen der erste Titel vergeben – Lara Gut zählt zu den Favoritinnen. Von ihr wird wesentlich abhängen, ob die WM für die Schweiz ein Erfolg wird. 2, 3, 11, 12

Bild: Jean-Christophe Bott/KEY

Bildungskosten: Kölliker kritisiert Studie der IHK

Finanzpolitik Der St. Galler Bildungsdirektor Stefan Kölliker wehrt sich gegen Kritik an den steigenden Bildungsausgaben des Kantons St. Gallen. Die Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell hatte in einer Studie bemängelt, die Struktur der St. Galler Volksschulen sei ineffizient und daher zu teuer, insbesondere im Vergleich mit anderen Kantonen. Dies stimme nicht, sagt der SVP-Bildungsdirektor: «Wenn man die Kosten in Bezug zu den Schülerzahlen setzt, liegt der Kanton St. Gallen im Durchschnitt.» Von einer Kostenexplosion im St. Galler Bildungswesen könne nicht die Rede sein. Der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt sei in St. Gallen schon seit Jahren konstant – im Gegensatz zu anderen Kantonen. «Wir setzen die finanziellen Mittel, die uns zur Verfügung stehen, sehr effizient ein.» (av) 15

Kritik am Maastricht-Vertrag

Währungsunion In den 25 Jahren ihres Bestehens hat die Eurozone, die auf dem Vertrag von Maastricht beruht, manchen Konstruktionsfehler offenbart. Ökonomen kritisieren die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion seit langem und sprechen von schlechter Politik. Auch der Internationale Währungsfonds stellt der Finanzpolitik der Euroländer ein miserables Zeugnis aus. Die Problematik lässt eine alte Idee auflieben. Ein Europa verschiedener Geschwindigkeiten, wobei nicht immer alle Länder an allen Integrationsstufen teilnehmen müssen. (red) 9

Am Gotthard läuft nicht alles rund

Jahrhundertwerk Seit rund zwei Monaten ist der Gotthard-Basistunnel in Betrieb. Die SBB ziehen ein positives Fazit, sehen jedoch bei der Pünktlichkeit noch Verbesserungsbedarf. Kritischer äussert sich Pro Bahn Schweiz. Die Interessenvertretung der Kunden bemängelt, dass die Staatsbahnen die Verhältnisse am Gotthard geschönt darstellen. Seit der Eröffnung des Basistunnels hat es laut Pro Bahn viele Reklamationen über verpasste Anschlüsse, über Verspätungen und vor allem über ungenügende Platzverhältnisse in den Zügen gegeben. (red) 4





Die Bildung gehört zu den grössten Ausgabenposten der öffentlichen Hand.

Bild: Benjamin Manser (Gossau, 10. August 2015)

Köllikers Gegenangriff auf die IHK

Bildungskosten Die St. Galler Volksschulen seien ineffizient und daher zu teuer, kritisiert die Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell. «Falsch», kontert Bildungsdirektor Stefan Kölliker.

Adrian Vögele
adrian.voegele@tagblatt.ch

Im Kanton St. Gallen schwellt ein Streit um die Bildungskosten. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) St. Gallen-Appenzell hat in einer Studie zu den Finanzperspektiven der Ostschweizer Kantone deren Ausgaben für das Schulwesen unter die Lupe genommen. Die Bildung ist nebst Gesundheit und sozialer Sicherheit der grösste Ausgabenposten der öffentlichen Hand. Das Kostenwachstum in diesem Bereich sei «problematisch», schreibt die IHK. Die Ausgaben seien im Zeitraum zwischen 2000 und 2014 von 2300 Franken auf über 3000 Franken pro Einwohner gestiegen. Besonders kritisiert die IHK die Kosten der obligatorischen Schule. Hier ist der Kanton St. Gallen mit 1996 Franken pro Kopf der fünft teuerste Kanton; der nationale Schnitt beträgt 1824 Franken. Das sei «ein Hin-

weis auf ineffiziente Strukturen» der Volksschule, heisst es im Positionspapier der IHK. Viele St. Galler Schulgemeinden seien klein. «Mit geeigneten Massnahmen sollte es möglich sein, die Kosten zu senken, ohne die Qualität in Mitleidenschaft zu ziehen», so die IHK. «Doppelspurigkeiten aufgrund von regionalen Sonderinteressen» seien in der Bildung die Regel; dasselbe gelte für das Gesundheitswesen.

«Kanton St. Gallen liegt im Durchschnitt»

Der St. Galler Bildungsdirektor Stefan Kölliker (SVP) ärgert sich: «Die Schlussfolgerungen der IHK stimmen nicht.» Durch die Berechnung der Bildungsausgaben pro Einwohner ergebe sich ein falsches Bild. «Wenn man die Kosten in Bezug zu den Schülerzahlen der Volksschulen setzt, liegt der Kanton St. Gallen im Durchschnitt.» Diese Berechnungsweise wende auch das Bun-

desamt für Statistik (BFS) an. Die Kritik an der Entwicklung der Bildungsausgaben will der Bildungschef ebenfalls nicht stehen lassen: «Eine aktuelle Statistik des BFS zeigt, dass der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt im Kanton St. Gallen seit 2008 stabil ist – im Gegensatz zu den meisten anderen Kantonen.» Köllikers Fazit: «Wir setzen die finanziellen Mittel, die uns zur Verfügung stehen, sehr effizient ein.» Innerhalb dieses Rahmens



Stefan Kölliker
St. Galler Bildungsdirektor
Bild: Ralph Ribi

würden zudem noch laufend neue Angebote geschaffen, aktuell etwa im Bereich Informatik.

Pikant: Genau auf Letzteres kommt auch die IHK in ihrer Studie zu sprechen. Allerdings in anderem Zusammenhang, nämlich bei der Frage, wie sich die Steuerbasis des Kantons verbessern liesse: Die Informatik-Initiative und andere Verbesserungen im Bildungsbereich seien nötig, damit der Kanton für Firmen und Fachkräfte attraktiver werde, schreibt die IHK.

Bürgerliche Fraktionen lehnten Mehrausgaben ab

Das Bildungsdepartement tat seine Kritik gestern per Medienmitteilung kund – und sie richtet sich nicht nur an die IHK, sondern auch an die bürgerlichen Finanzpolitiker im Parlament. Denn schon bei der Beratung des Budgets 2017 waren die Bildungskosten unter Beschluss geraten: Beantragt waren zusätzliche zwölf

Millionen Franken, etwa wegen wachsender Lohnkosten der Lehrerschaft aufgrund höherer Lektionenzahlen an den Berufsschulen und grösserer Klassenzahlen an den Mittelschulen. Es handle sich um äussere Faktoren – etwa bundesrechtliche Vorgaben –, die der Kanton nicht beeinflussen könne, erklärte die Regierung. Die bürgerlichen Fraktionen waren darüber gar nicht erfreut. Die CVP sprach von einer «massiven Budgetabweichung». Die SVP bezeichnete die Argumentation der Regierung als «Schlaumeierei». Finanzdirektor Benedikt Würth (CVP) widersprach: Die zusätzlichen Klassen und Lektionen seien notwendig. «Es ist keine Option, die Schüler aus Kostengründen einfach nicht zu unterrichten.» Am Ende beschloss das Parlament eine pauschale Kürzung der budgetierten Lohnsumme des Staatspersonals. Wo genau gekürzt wird, ist Sache der Regierung.

Staatspersonal soll weniger Geld erhalten

Finanzpolitik Im Aufgaben- und Finanzplan 2018 bis 2020 hat die St. Galler Regierung jeweils 0,8 Prozent der Lohnsumme für individuelle und strukturelle Besoldungsmassnahmen reserviert. Dies entspricht jährlich rund 5,9 Millionen Franken. Das Geschäft ist für die kommende Februarsession traktandiert – und dürfte für Diskussionen sorgen: Die Mehrheit der Finanzkommission fordert in einem Antrag die Halbierung der Pauschale. Die Regierung solle ab 2018 mit 0,4 Prozent planen, so die Kommission.

Die Regierung wehrt sich dagegen. In einem Gegenantrag argumentiert sie damit, dass bereits der Wert von 0,8 Prozent im Vergleich mit der Privatwirtschaft, mit anderen Kantonen oder mit Gemeinden «auf einem unterdurchschnittlichen Niveau» liege. Der Antrag der Finanzkommission würde ihr jeglichen Spielraum für Besoldungsmassnahmen nehmen, erklärt die Regierung und schlägt im Gegenzug eine Pauschale von 0,6 Prozent vor. Damit würden «gewisse Handlungsmöglichkeiten für strukturelle Anpassungen» erhalten bleiben, schreibt sie. (sda)

Jäger mit 500 Franken gebüsst

Bundesgericht Die Innerrhodener Staatsanwaltschaft wirft einem Jäger vor, sich im Herbst 2013 mit einem Jagdkollegen unweidmännisch verhalten zu haben, weil sie sechs Schüsse auf eine junge Hirschkuh – ein Schmaltier – und ein erwachsenes Tier abgeben. Das Bezirksgericht Appenzell Innerrhodens verurteilte den Jäger wegen fahrlässiger Verletzung von Bestimmungen der Jagdverordnung zu einer Busse von 500 Franken, wobei es ihn bezüglich des Schmaltiers freisprach. Das erlegte Wild zog das Gericht zu Eigentum des Kantons ein. Eine dagegen erhobene Berufung wies das Kantonsgericht Appenzell Innerrhodens ab. Der Jäger rief hierauf das Bundesgericht an. Er beantragte in Lausanne, vom Vorwurf des unweidmännischen Verhaltens vollumfänglich freigesprochen zu werden. Ausserdem forderte er, der Wildbreterlös für das Schmaltier sei ihm auszuhändigen. Die Richter in Lausanne wiesen beide Forderungen ab. Die Verurteilung erfolgte zu Recht, weil kein Fangschuss vorlag, also kein Schuss zum Erlegen eines schwerverletzten oder nicht unmittelbar tödlich getroffenen Wildes. (tzi)

Urteil 6B_702/2016

Grosser Rat will Bad mit Sauna

Abstimmung Ende April entscheidet die Innerrhodener Landsgemeinde zum zweiten Mal über einen Kredit für ein neues Hallenbad. Zwei Varianten stehen zur Auswahl.

Für das Innerrhodener Kantonsparlament steht fest: Wenn in Appenzell ein neues Hallenbad entstehen soll, dann ein richtiges. So stellt sich das Parlament hinter die teurere der zwei zur Auswahl stehenden Varianten. Für 17,3 Millionen Franken wäre ein Hallenbad mit Basisangebot zu haben, für 21 Millionen Franken eines, das nebst Schwimmbecken auch einen Saunabereich und Massageräume enthielte. In beiden Fällen ist eine Bauherrenreserve von einer Million Franken eingerechnet. Für Innerrhodens ist dies der zweite Anlauf zu einem neuen Hallenbad. Eine erste Abstimmung scheiterte an

der Landsgemeinde 2015. Die damalige Kreditrückweisung wurde mit dem Auftrag verbunden, sich bei einem neuen Hallenbad auf das Wesentliche zu beschränken. «Mit dem jetzt beschlossenen Vorgehen nimmt der Grosse Rat den Souverän ernst», sagte Grossrat Ueli Manser gestern. Damit Appenzell aber ein Hallenbad bekomme, das allen Freude bereite, favorisierte er die teurere Variante. Die Mehrheit des Parlaments sieht dies ebenso, wie sich am Schluss der Debatte zeigte.

Es liegt am Volk, am 30. April den definitiven Variantenentscheid zu fällen. Erst sollen die Varianten einander gegenüberge-

stellt werden, anschliessend wird über den Kredit der Siegevriante abgestimmt. Mit der Hallen-

bad-Vorlage hängt auch eine Revision des Sportgesetzes zusammen. Darin wird festgehalten,



Das längst geschlossene Hallenbad in Appenzell. Bild: Ralph Ribi

dass der Kanton künftig für den Bau und Unterhalt des Bades zuständig ist. Grossrat Reto Inauen stellte den Antrag, dass an der Landsgemeinde erst diese Revision behandelt wird, bevor die Varianten zur Abstimmung kommen. Landammann Roland Inauen konterte: Da mit der Gesetzesrevision auch die Verteilung des allfälligen Betriebsdefizits festgeschrieben werde, komme diese Vorlage an der Landsgemeinde bewusst erst an zweiter Stelle. Und so blieb es denn auch nach der Debatte.

Roger Fuchs
roger.fuchs@appenzellerzeitung.ch

ANZEIGE

IHK
St. Gallen
Appenzell

www.ihk.ch
Ruedi Eberle,
Geschäftsführer, GOLF GONTEN AG

Ostschweiz stärken und
Arbeitsplätze sichern.

JA ZUR
Steuerreform